

INHALT

1. Versuchter Befreiungsschlag von Wissenschaftsministerin Wende
2. CDU bezeichnet beschlossene Stellenkürzungen im Polizeibereich als verantwortungslos
3. Debatte zur Europawahl
4. Bildungsministerin lässt das Wort „gymnasial“ aus Oberstufenverordnung tilgen
5. Öffentlicher Dienst im Umbruch
6. Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung
7. Regierungskoalition wird mit Wahlrechtsreform scheitern
8. Schön-Wetter-Antrag der Landesregierung – wünschenswert, aber nicht praxisreif

16.05.2014

**Versuchter Befreiungsschlag von Wissenschaftsministerin Wende
CDU geht Widersprüchen zu Aussagen des Ministerpräsidenten nach**



Fraktionschef Johannes Callsen, MdL

„Ich habe nichts zu verbergen!“ - mit diesen Worten veröffentlichte Wissenschaftsministerin Professor Wende heute den Präsidiumsbeschluss der Universität Flensburg zu ihrem Rückkehrrecht und ein diesbezüglich von ihr eingeholtes Rechtsgutachten (Link siehe unten). Auf beide Dokumente hatte sich Ministerpräsident Torsten Albig in seiner Verteidigungsrede

am Mittwoch bezogen.

„Die heutige Veröffentlichung war kein Befreiungsschlag, sondern macht alles nur noch schlimmer. Ihre Sondervereinbarung hätte Wende deutlich besser gestellt als zu ihrer Zeit als Präsidentin. Darüber hinaus hat sie sich auch Begünstigungen zusagen lassen, die durch unser Hochschulgesetz nicht gedeckt sind“, kommentierte CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen.

So setze der von Ministerpräsident Torsten Albig in seiner Verteidigungsrede als „Regelfall“ geschilderte § 23 Abs. 12 des Hochschulgesetzes für ein Rückkehrrecht mindestens die Ableistung einer vollen Amtszeit voraus. „Die hatte Frau Wende nach zwei Jahren nicht. Deshalb hätte ihr nicht einmal in diesem Regelfall ein Rückkehrrecht zugestanden“, so Callsen.

Auch sonst deckten die Unterlagen Widersprüche zu den Aussagen des Ministerpräsidenten auf. Wende habe den Gutachter über ihre eigene Situation falsch informiert. Professor Löwer gehe bereits im ersten Absatz davon aus, „dass Ihnen Ihre Universität eine Stelle vorhält, auf die Sie zurück greifen können, wenn Sie ... Ihr Wahlamt verlieren.“ Dazu CDU-Hochschulexperte Daniel Günther: „Deshalb ist das durch Albig zu Wendes Verteidigung angeführte Rechtsgutachten überhaupt nicht auf ihren Fall anwendbar“.

Der Ministerpräsident habe in seiner Landtagsrede am 14. Mai 2014 wörtlich behauptet: „Die Rechtsauffassung des MBW und die Rechtsauffassung nach einer kursorischen Prüfung der Personalabteilung meiner Staatskanzlei decken sich nicht mit der von Professor Löwer“.

„Der Ministerpräsident hat also den Landtag am Mittwoch wissentlich falsch informiert“, so Callsen. Er habe zu diesem Zeitpunkt genau gewusst, dass Professor Löwer seine Stellungnahme auf einer Falschinformation der heutigen Ministerin gründete.

Link zu den veröffentlichten Unterlagen:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/wendepapiere.pdf>

CDU bezeichnet beschlossene Stellenkürzungen im Polizeibereich als verantwortungslos
SPD, Grüne und SSW lehnen CDU-Antrag zur Rücknahme der Streichung von Polizeistellen ab



Polizeipolitische Sprecherin, Astrid Damerow, MdL

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein muss gewährleistet bleiben.

Darum setzte die CDU-Fraktion mit einem Antrag (Link siehe unten) das Thema Sicherheit auf die Tagesordnung der Landtagssitzung.

Die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Astrid Damerow, hat in der heutigen Plenarsitzung Innenminister Andreas Breitner erneut aufgefordert, den von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Stellenabbau bei der Polizei zu stoppen:

„Noch im September 2012 hat der Innenminister verkündet, dass es keinen Stellenabbau bei der Landespolizei geben werde. Doch nach dem Motto „Was stört mich mein Geschwätz von gestern“ plant er nun die Polizei weiter zu schwächen. Damit wird dieser Innenminister selbst zu einem Sicherheitsrisiko für unser Land.“

Die Zahl der Wohnungseinbrüche sei in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen, die Aufklärungsrate aber gleichzeitig gesunken zudem mache der Bereich Cyber-Kriminalität den Behörden zunehmend zu schaffen. „Die Faktenlage belege eindeutig, dass für einen weiteren Stellenabbau kein Spielraum besteht. Das ist unverantwortlich“, so Damerow.

Innenminister Breitner selbst habe 2012 erklärt, dass die Landespolizei aufgrund des wachsenden Aufgabenumfanges eigentlich mehr Personal brauche. Wie bei der Vorratsdatenspeicherung seien dies leere Worte. Er kusche vor der Finanzministerin und handele damit wider besseren Wissens.

Die Regierungsfraktionen haben den Antrag der CDU im Landtag abgelehnt.

„Es geht um die Sicherheit der Menschen in Schleswig-Holstein. Ich bin sehr enttäuscht, dass der Minister seiner Verantwortung nicht gerecht wird“, so Damerow abschließend.

Link zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1800/drucksache-18-1855.pdf>

Debatte zur Europawahl

Landesregierung muss europapolitisch noch nachbessern

Im Mittelpunkt der heutigen europapolitischen Debatte standen der Europabericht der Landesregierung und ein gemeinsamer Wahlauf Ruf aller Fraktionen für den 25. Mai 2014.

Die europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow dankte in ihrer Rede ausdrücklich den anderen Fraktionen im Landtag, dass zu diesem Thema ein gemeinsamer Antrag zustande gekommen ist.

„Viel zu oft wird die EU nur mit den Begriffen Krise und Bürokratie wahrgenommen. Wir müssen viel mehr auf die großartigen Errungenschaften hinweisen. Europa steht für Reisefreiheit ohne Grenzkontrollen, eine gemeinsame Währung, Freizügigkeit, offene Arbeitsmärkte und freien Warenhandel. Das sind alles keine Selbstverständlichkeiten“, so Damerow.

CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen hatte zuvor drei explizite europapolitische Forderungen an die Landesregierung gerichtet:

Erstens:

Die unbesetzten Stellen im Hanseoffice müssen unbedingt besetzt werden. Dabei geht es um so entscheidende Politikfelder wie Wissenschaft und Forschung, Gesundheit und

Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Umwelt, Innen- und Justizpolitik. „Es ist völlig unververtretbar, dass Sie es nicht schaffen, die wichtigste Schnittstelle des Landes personell ausreichend auszustatten“, so Callsen in Richtung der Landesregierung.

Zweitens:

Ministerpräsident Albig müsse vollmundige Ankündigungen auf europäischer Ebene entweder in die Tat umsetzen oder unterlassen. Der CDU-Fraktionschef berichtete von einem kürzlichen Besuch einer Delegation aus Pays de la Loire. Beim Tischgespräch habe der französische Gast die Anwesenden mit der Aussage schockiert, dass er überlegt habe auf den Besuch in Deutschland zu verzichten. Als Grund nannte er, dass Ministerpräsident Albig von den gemachten Ankündigungen bisher fast nichts umgesetzt habe.

Drittens:

Schleswig-Holstein dürfe verkehrspolitisch nicht abgehängt werden. „Wir brauchen ein Bündnis, dass wichtige Verkehrsprojekte, wie die Rader Hochbrücke, die A20 und die feste Fehmarnbeltquerung – auch in einem europäischen Kontext – tatsächlich vorantreibt, anstatt nur zu reden oder sie sogar zu blockieren“.

Link zum Antrag von CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1800/drucksache-18-1853.pdf>

Link zum Europabericht:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1800/drucksache-18-1841.pdf>

Bildungsministerin lässt das Wort „gymnasial“ aus Oberstufenverordnung tilgen CDU-Fraktion sieht weiteren Schritt zur Abschaffung des Gymnasiums



Bildungsexpertin Heike Franzen, MdL

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen hat eine heutige Pressemitteilung des Philologenverbandes zum Anlass für eine scharfe Kritik an der neuen Oberstufenverordnung der Landesregierung genommen. Der Gymnasiallehrerverband hatte darauf hingewiesen, dass es laut Verordnung künftig keine „gymnasialen“ Oberstufen mehr geben wird.

Franzen bezeichnete den Entwurf als einen weiteren Schritt zur Abschaffung des Gymnasiums. Sie warnte aufgrund der erneuten Abweichung von Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz vor drohenden Nachteilen für die Schulabsolventen.

„SPD, Grünen und SSW geht es nicht um Begriffe. Wenn diese Verordnung in Kraft tritt, haben sie fünf von sechs Schritten zur Abschaffung des Gymnasiums hinter sich“ erklärte die CDU-Politikerin.

Mit dem Vorschaltgesetz sei die Wahlfreiheit für G8 und G9 abgeschafft und damit der Weg zum Abitur über das Gymnasium eingeschränkt worden (Schritt 1). Mit der Reform des Schulgesetzes seien die Gymnasien verpflichtet worden, jeden Schüler unabhängig von der Leistungsfähigkeit aufzunehmen, und außer in absoluten Ausnahmefällen zum Abschluss zu führen (Schritt 2). Beim Planstellenabbau würden die Gymnasien überproportional belastet (Schritt 3). Mit der Reform der Lehrerausbildung werde der eigenständige Gymnasiallehrer ebenso abgeschafft, wie der eigenständige Lehrer für die Mittelstufe (Schritt 4). Nun folge die Tilgung der gymnasialen Oberstufe aus der Verordnung (Schritt 5).

„Wie die Grünen bei der A 20 haben rot/grün/blau auch bei der Abschaffung der Gymnasien noch Angst vor den Wählern. Wenn SPD, Grüne und SSW mit ihren Maßnahmen den hervorragenden Ruf unserer Gymnasien erst geschwächt haben, wird dieser sechste und letzte Schritt schnell folgen“, warnte Franzen.

Link zur Pressemitteilung des Philologenverbandes:

http://www.phv-sh.de/aktuelles/pressemitteilungen/2014_05_16_abschaffung-gym.-oberstufe.html

Öffentlicher Dienst im Umbruch

Landesregierung muss Weichen für die Zukunft stellen

Der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Der geplante Stellenabbau wird die Anforderungen an die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigen lassen. Die Fraktion der Piraten forderte die Landesregierung auf, einen jährlichen Bericht über die Personalstruktur des Landes zu erstellen.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen, erklärte in ihrem Debattenbeitrag: „In den kommenden Jahren wird es im Personalbereich schmerzhaft Einschnitte geben. Der öffentliche Dienst unseres Landes darf sich im Wettbewerb um die besten Köpfe nicht abhängen lassen. Um solche Herausforderungen zu meistern, müssen alle Mittel genutzt werden.“

Sie erinnerte daran, dass der Landtag in seiner letzten Plenartagung einstimmig einen Antrag der CDU für eine Evaluation des betrieblichen Wiedereingliederungsmanagements in der Landesverwaltung beschlossen hatte. „Nur wer weiß, was er hat, weiß was er braucht. Und hier habe ich den Eindruck, dass die Landesregierung teilweise nicht ganz den notwendigen Überblick hat“, so Nicolaisen.

Auch im Hinblick auf das Personalmanagement in der Landesverwaltung bestehe noch Optimierungsbedarf. „Ich bin der Auffassung, dass dieser Antrag ein sehr brauchbares Mittel ist, um die Landesregierung einmal mehr zu zwingen, sich mit bestimmten Fragen auseinanderzusetzen“.

Der Antrag wurde in den Finanzausschuss überwiesen.

Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung CDU lehnt Rolle-Rückwärts ab



Karsten Jasper, gesundheitspolitischer Sprecher, MdB

Die FDP will die Beitragsautonomie der gesetzlichen Krankenkassen wieder abschaffen; die Regierungsfractionen und die Piraten wollen die Bürgerversicherung einführen. Zum wiederholten Male hat sich der Landtag heute mit der Ausrichtung der Gesetzlichen Krankenversicherung befasst.

„Bereits mehrfach wurde über den Gesundheitsfonds im Schleswig-Holsteinischen Landtag debattiert. Jedes Mal wurde ein Schreckensszenario an die Wand gemalt, das bisher nicht eingetreten ist. Wer immer noch glaubt, mit dem Stopp des Gesundheitsfonds für mehr Stabilität im System zu sorgen, der irrt“, so Jasper.

Die CDU unterstützte in der Debatte die Forderung der Regierungsfractionen und Piraten nach einer „demografiefesten“ Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen. Die Anträge zur Beitragsautonomie und Bürgerversicherung lehnten die Unionspolitiker entschieden ab.

Der Gesundheitsfonds war zum 1. Januar 2009 eingeführt worden. Seitdem existiert ein einheitlicher Beitragssatz für alle Krankenkassen.

Pressemitteilung von Karsten Jasper:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-05-16_Pressemeldung_4343.pdf

Regierungskoalition wird mit Wahlrechtsreform scheitern Urteil aus Bremen bestätigt Bedenken der CDU-Fraktion

Wer soll in Deutschland an Kommunal- und Landtagswahlen teilnehmen dürfen? Darüber diskutierten heute die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages und Innenminister Andreas Breitner miteinander. Die FDP hatte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und vom Innenminister einen mündlichen Bericht angefordert.

SPD, Grüne, SSW, Piraten und FDP wollen, dass an Landtagswahlen alle EU-Bürger und an Kommunalwahlen auch alle dauerhaft in Deutschland lebenden Bürgerinnen und Bürger aus sogenannten Drittstaaten teilnehmen dürfen.

Vor einem Jahr hatte der Landtag gegen die Stimmen der CDU zwei Beschlüsse gefasst, mit

denen die Landesregierung aufgefordert wurde, sich für eine entsprechende Ausweitung des Wahlrechtes bei Landtags- und Kommunalwahlen einzusetzen.

Innenminister Breitner musste in der heutigen Debatte eingestehen, dass die Landesregierung in dieser Frage wenig erreicht habe. Der Staatsgerichtshof des Landes Bremen hatte in einem Urteil vom 31. Januar 2014 einen entsprechenden Gesetzesvorstoß aus Bremen für verfassungswidrig erklärt.

Die migrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, sah die Bedenken der Union bestätigt: „Bereits im vergangenen Jahr haben wir in diesem Hause ausführlich über die anstehenden Fragen gesprochen. Und bereits in dieser Debatte habe ich darauf hingewiesen, dass sowohl ein Landtagswahlrecht für EU-Bürger, als auch ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger verfassungswidrig ist. Heute wissen wir: Ein Landtagswahlrecht für EU-Bürger wäre verfassungswidrig. Ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger wäre ebenfalls verfassungswidrig.“

Mit dem Urteil sei eines klar: Unter den gelten grundgesetzlichen Regelungen sei das angesprochene Wahlrecht nicht erreichbar. Für die CDU gelte weiterhin, dass Wahlrecht und Staatsangehörigkeit voneinander untrennbar seien.

Pressemitteilung von Astrid Damerow:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-05-16_Pressemeldung_4341.pdf

Schön-Wetter-Antrag der Landesregierung – wünschenswert, aber nicht praxisreif CDU stimmt gegen Antrag von SPD, Grüne und SSW



Die Regierungsfraktionen von SPD, Grünen und SSW forderten heute in einem Antrag eine transparente und verbraucherfreundliche Kennzeichnung von tierischen Lebensmitteln. Konkret sollen die Verbraucher besser über Herkunft und Haltungsform informiert werden.

Im Rahmen der Debatte erklärte der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers: „Es herrscht Konsens über Parteigrenzen hinweg, dass eine weitgehende Kennzeichnung von Lebensmitteln grundsätzlich zu begrüßen und im Interesse Aller ist – wer wollte auch dagegen sein? Dennoch ist der Antrag ein „Schön-Wetter-Antrag“, weil er an der Praxis vorbei geht und kaum alltagstauglich ist.“

Zwar hätte sich die Verbraucherschutzministerkonferenz auf Bundesebene parallel für eine weitergehendere Kennzeichnung ausgesprochen. Dennoch müsse es erlaubt sein, kritisch zu fragen, wie diese Umsetzung gewährleistet werden solle, ohne kleinere Unternehmen abzustrafen, die an der Umsetzung scheitern. So würden indirekt größere Strukturen gestärkt und kleinere bestraft.

„Nicht die Kennzeichnung ist das Problem, sondern die Umsetzung vor allem in kleineren Betrieben. Damit wird die Produkthaftung schwierig und die Frage, wie diese nachvollziehbar umgesetzt und kontrolliert werden soll. Wenn es schon Probleme bereitet, die so genannte „Hygiene-Ampel“ im Lande einzuführen, weil diese nicht praxisreif ist, wie soll es dann bei der gewünschten Lebensmittelkennzeichnung funktionieren?“ gab Rickers zu bedenken.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen von CDU angenommen, die FDP enthielt sich.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de